Militär gegen Faschismus?

Autor(en): **Frank, Ludwig**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **13 (1933-1934)**

Heft 5

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-331804

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

und die Möglichkeit einer Ernüchterung der faschistischen Jugend um so eher kommen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, müssen wir um so eher Wert darauf legen, daß alle Beschlüsse, die sich auf Militarismus und Landesverteidigung beziehen und die in einer andern Epoche gefaßt worden sind, gründlich überprüft werden.

Militär gegen Faschismus?

Von Ludwig Frank, Zürich.

Wenn morgen Hitlers Heerscharen in oder durch die Schweiz marschieren wollen und unsere Armee zur Abwehr aufgeboten wird, so werden auch die schweizerischen Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit Begeisterung einrücken. Damit sie aber den Kampf mit Aussicht auf Erfolg bestehen können, dürfen wir uns der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der schweizerischen Kriegsrüstung nicht länger widersetzen. So argumentieren unsere durch die Ereignisse in Deutschland neu bekehrten sozialistischen »Landesverteidiger«.

Stellt man die Frage in dieser Form, so ist sie gewiß zu bejahen. Aber die Fragestellung ist falsch und führt deshalb zu einem ganz verkehrten Ergebnis. Nämlich: Aus wohlbekannten Gründen wird Hitler den Einmarsch nicht schon morgen versuchen, und unsere Aufgabe ist nicht, diesen Einmarsch militärisch abzuwehren, sondern dazu beizutragen, daß es zu diesem Versuch — mit andern Worten: zu einem Krieg in Europa — überhaupt nicht mehr kommt. Es ist auch keineswegs selbstverständlich, daß in einem europäischen Krieg die schweizerische Armee gerade gegen den Faschismus kämpfen wird. Und selbst wenn wir dies voraussetzen, bleiben noch einige recht bedenkliche Fragen, denen wir nicht ausweichen dürfen.

Betrachten wir zunächst die schweizerische Armee als Mittel zur Abwehr des Faschismus! Da sollten die Erfahrungen vom 9. November 1932 bis heute wahrhaft genügen, um alle Illusionen zu zerstreuen.

In Genf wird das Militär verwendet zum Schutz einer faschistischen Kundgebung gegen die Sozialisten. Dabei ist für unsere Betrachtung weniger wichtig, daß geschossen wurde, als was nachher geschah. Die Schießerei ist in der Folge nicht als militärische Kalberei mit besonders schlimmen Folgen behandelt worden, sondern als hochpatriotische Tat, die unter ähnlichen Umständen wenn möglich noch nachdrücklicher zu wiederholen wäre.

Bald darauf folgt die »nationale Erhebung« in Deutschland. Die »patriotischen« Kreise, die den entscheidenden Einfluß auf die Führung der schweizerischen Armee haben, lassen keinen Zweifel darüber, daß sie so etwas ganz gerne nachmachen würden, Musy, Minger und andere verkünden die Vernichtung des »Marxismus« auch für die Schweiz. Wären nicht die berühmten 2,7 Milliarden in Deutschland »eingefroren« und gar noch die »NZZ.« vorübergehend verboten worden — welch bedauerlicher Mißgriff! —, so würden sich Hitler und

seine Leute der uneingeschränkten Sympathie der offiziellen Schweiz erfreuen. Ist doch Italien unter Mussolini so etwas wie ein Musterstaat geworden, und wenn man gegen Dollfuß etwas einzuwenden hat, dann gewiß nicht die Unterdrückungsversuche gegenüber der Arbeiterbewegung.

Es folgten die Vorbereitungen wichtiger Wahlen, insbesondere in Zürich. Hier haben sich Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaften im Bunde mit den Fronten mit größtem Nachdruck gegen die Arbeiterschaft eingesetzt. In Genf, Lausanne usw. wird es wohl ähnlich gewesen sein.

Es folgt die Jubiläumstagung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft in Zürich. Weil die rote Mehrheit des Stadtrates nicht so charakterlos ist, bei diesem Anlaß untertänigst die Amtsgebäude zu beflaggen, wird insbesondere der Stadtpräsident in aller Form gerüffelt. Zwei Dutzend junge Offiziere unternehmen am Sonntagvormittag einen Streifzug nach dem Stadthaus, um das Oberhaupt der Viertelmillionenstadt wegen seiner Unbotmäßigkeit zur Rede zu stellen. Und die »Taktlosigkeit«, daß Genosse Klöti es ablehnt, die arroganten jungen Herren zu empfangen, wird allen Ernstes noch in Gestalt einer freisinnigen Interpellation im Großen Stadtrat gerügt.

Als Krönung des Ganzen noch der Fall Pointet: Ein Offizier bekennt sich öffentlich, aber außer Dienst, nicht etwa zur Sozialdemokratie, aber zu der Ansicht, einer Partei, hinter der 45 Prozent der Wähler eines Kantons stehen, dürfe die Beteiligung an der Regierung nicht verweigert werden, auch wenn es sich um Sozialisten handle. Das genügt als Grundlage einer scharfen militärdienstlichen Maßregelung, die von allen Instanzen bis hinauf zum Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements bestätigt wird. Als interessante Einzelheit noch die bekannte Erklärung, die Herr Pointet hätte unterzeichnen sollen, mit der Verpflichtung, gegebenenfalls auf Sozialisten im allgemeinen und den Genossen Graber im besondern zu schießen oder schießen zu lassen.

Also zu dieser Armee sollen wir uns bekennen, damit sie uns gegen den Faschismus beschütze! Es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir als Sozialisten unter irgendwelchen Umständen bereit seien, im Kampfe gegen den Faschismus sogar Waffengewalt anzuwenden. Militärische Macht ist in der Schweiz nur vorhanden in Gestalt d i e s e r Armee, und an die Schaffung einer andern Wehrmacht ist nicht zu denken. Die Leute aber, die über diese Armee verfügen, werden im entscheidenden Augenblick entweder mit dem von außen andringenden Faschismus gegen die Arbeiterschaft und die bis dahin vielleicht auch rebellisch gewordenen Bauern zusammenspannen, oder sie werden den Kampf aufnehmen, um mit den Mitteln des Kriegszustandes aus eigener Machtvollkommenheit den Faschismus durchzuführen. Daran werden sie sich auch durch ein paar sozial gesinnte Leutnants (sofern solche wirklich vorhanden sind) nicht hindern lassen. Und die Sozialdemokratie wird vor ihnen keine Gnade finden, auch wenn sie sich (nach dem Vorbild der glorreichen SPD.) zur mili-

tärischen Landesverteidigung bekennt. Gnade könnte es nur geben gegen Verzicht auf den gewerkschaftlichen Kampf und auf jede Gefährdung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mit andern Worten: gegen freiwillige Einführung des Faschismus.

Mit rasch zunehmender Geschwindigkeit setzen sich heute in der Schweiz sozialistische Gedanken durch. Die staatliche Ueberwachung und sogar Leitung des Bankwesens, vor einem Jahrzehnt noch eine Utopie, erscheint seit dem Bekanntwerden der Ergebnisse der Kapitalausfuhr und dem Krach der Volksbank weiten Kreisen auch außerhalb der Sozialdemokratie als vernünftige und notwendige Lösung. Immer mehr betonen die Bauern ihre antikapitalistische Einstellung. An die Rückkehr zur freien, ungeregelten kapitalistischen Wirtschaft denkt im Ernst niemand mehr. So beginnt die politische Demokratie Schlüsselstellungen des Kapitalismus zu bedrohen, lange bevor an eine sozialdemokratische Mehrheit zu denken ist. Die hochkapitalistischen Beherrscher der Schweiz stehen vor der Wahl: entweder die politische Demokratie zu erhalten und sogar zu verteidigen, trotzdem sie immer deutlicher zum Sozialismus führt, oder zu versuchen, mit faschistischen Maßnahmen diese Entwicklung aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen. Soweit es die reaktionären Kreise anbelangt, die sozusagen unumschränkt über die Armee verfügen, ist diese Wahl schon längst getroffen.

Die Genossen an überwiegend reformierten Orten, wie Zürich, Basel, Bern usw., übersehen leicht eine Macht, die heute neben und im Bunde mit dem Großkapital über entscheidenden Einfluß auf die eidgenössische Politik verfügt: die katholische Kirche. Hier besteht eine Internationale, die ihre Landesgruppen wirklich in der Hand hat und von ihnen bedingungslos als oberste Instanz sogar in Gewissensfragen anerkannt wird. Für den gläubigen Katholiken kommen ganz selbstverständlich zuerst die Interessen der römischen Kirche und erst dann diejenigen seines irdischen Vaterlandes. Und wenn es sich darum handelt, darüber zu entscheiden, ob die militärische Macht der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingesetzt werden soll zur Verteidigung der zum Sozialismus neigenden Demokratie oder des gleich der Kirche autoritären Faschismus, so ist unschwer vorauszusehen, nach welcher Seite das Steuer gedrückt wird.

Zusammenfassend ist zu sagen: Der Sozialist, der für die militärische Landesverteidigung als Abwehr des Faschismus eintritt, wird im entscheidenden Augenblick die Erfahrung machen, daß es dieser »Landesverteidigung« gar nicht einfällt, ihn vor dem Faschismus zu bewahren.

Aber setzen wir uns einen Augenblick über diese politischen Bedenken hinweg! Setzen wir uns ferner darüber hinweg, daß wir selbst seit mindestens zehn Jahren immer wieder unwiderlegbar bewiesen haben, daß es gegenüber den Kampfmitteln eines modern ausgerüsteten Großstaates eine militärische Verteidigung der Schweiz nicht geben kann! Dann stoßen wir zunächst einmal auf die Erwägung, daß es sich ja gar nicht darum handle, wirklich Krieg zu führen, sondern daß die

Vortrefflichkeit unserer Kriegsrüstung einen kriegslustigen Nachbarn davon abhalten werde, durch die Schweiz hindurch einem andern Nachbarn in die Flanke zu fallen. Beispiel: 1914, wo »bekanntlich« die Deutschen durch Belgien marschiert sind, weil Wilhelm II. anläßlich der »Kaisermanöver« von 1912 einen so vorzüglichen Eindruck von der schweizerischen Armee erhalten hatte, daß er den Durchmarsch durch Belgien einem solchen durch die Schweiz vorzog.

Also, da es sich doch in erster Linie um Deutschland und Frankreich handelt, Wettrüsten zwischen Schweiz und Belgien. Fürwahr, ein erhebender Gedanke! Uebrigens wirklich erhebend für die Herren Fabrikanten von Kriegsmaterial. Schließt auch keineswegs aus, daß die Schweiz und Belgien sich gegenseitig mit Waffen beliefern.

Damit sind wir schon mitten in den Konsequenzen. Wenn wir nämlich unter irgendwelchen Voraussetzungen die militärische Landesverteidigung wollen, dann müssen wir sie auch ganz wollen, und wir müssen auch die Vorbereitungen dazu auf uns nehmen. Dann dürfen wir es keinen Tag länger dulden, daß nicht für den letzten Soldaten eine Gasmaske bereitliegt. Dann müssen wir verlangen, daß schwerste Geschütze, Tanks usw. angeschafft und Giftgase bereitgestellt werden. Die Flugwaffe müßte bis ins Unendliche ausgebaut, wohl auch die Nordgrenze befestigt werden. Mit all diesen Forderungen würden wir die Geschäfte von Leuten besorgen, für die wir sonst nicht gerade besondere Zuneigung empfunden haben. Aber die materielle Rüstung genügt nicht. Aus Kulturmenschen, denen Mord und Zerstörung im Grunde ihres Herzens zuwider sind, kann man keine brauchbaren Soldaten machen. Unsere gesamte Erziehung müßte umgestellt werden, ungefähr in der Richtung, die jetzt in Deutschland eingeschlagen wird. Wir müßten anfangen, mit den Roten Falken Soldätlis zu spielen, und für die Sozialistische Arbeiterjugend wären Uebungen in Geländesport, Handgranatenwerfen und Schießen zu empfehlen. Objektiv betrachtet, müßte man auch eine Anzahl Leute als Sanitäter ausbilden, aber man wird damit zurückhalten müssen, da der Anblick von Tragbahren, Sanitätswagen und chirurgischen Instrumenten geeignet ist, die Kriegslust abzustumpfen. Daß wir auch in eine ganz erhebliche Verlängerung der Ausbildungszeit einwilligen müßten, versteht sich am Rand.

Die Frage ist nur: Was bleibt dann noch von unserem Sozialismus? Und da drängt sich eben wieder die Erkenntnis auf: Mögen wir den Sozialismus philosophisch, religiös oder einfach gefühlsmäßig begründen — er kann nicht erkämpft oder verteidigt werden durch Mittel, die seinem innersten Wesen zuwider sind.

Also mit der militärischen »Landesverteidigung« zum Schutze von Demokratie und sozialistischer Möglichkeit ist es nichts, und die Partei hat heute weniger als je Anlaß, ihre Grundsätze in dieser Hinsicht aufzugeben. Sie darf sich aber mit dieser negativen Feststellung nicht begnügen, sondern hat Richtlinien für eine wirkliche Landesverteidigung gegen Krieg und Faschismus auszuarbeiten. Hierüber wird bei anderer Gelegenheit zu reden sein.